

„Unser Protest richtet sich nicht gegen euch“

AN DIE BESCHÄFTIGTEN IM RHEINISCHEN BRAUNKOHLEREVIER

Vom 18. bis 29. August findet das jährliche Klimacamp im Rheinland statt. Außerdem werden vom 24. bis 29. August von verschiedenen Akteuren der Klimabewegung Aktionstage durchgeführt.

Mit diesem Flyer wollen wir erklären, warum wir das alles machen, betonen, dass wir keine Eskalation wollen und dazu einladen, gemeinsam ins Gespräch zu kommen.

HINTERGRUND

Diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, leiden schon jetzt am stärksten unter seinen Folgen. Dürren in Afrika, das Ansteigen des Meeresspiegels und der Verlust von fruchtbarem Boden trifft die Ärmsten am meisten. Das finden wir ungerecht. Deutschland gehört als Industrienation zu den Ländern, die den Klimawandel am stärksten mit verursacht haben. Deswegen sollte Deutschland eine Vorreiterrolle einnehmen und sofort aus der Kohle aussteigen, um den Klimawandel aufzuhalten.

WAS BEDEUTET DER KOHLEAUSSTIEG FÜR DIE BESCHÄFTIGTEN?

Wir wissen, dass ein schneller Kohleausstieg die Beschäftigten in der Kohleindustrie vor enorme Herausforderungen stellt. Wir sehen, dass an eurer Arbeit nicht nur die Versorgung eurer Familien hängt, sondern auch eine lange und stolze Tradition der Bergarbeiter. Ein Kohleausstieg und damit auch ein vernünftiger Sozialplan für euch hätte schon vor Jahren eingeleitet werden müssen. Wir finden es zutiefst ungerecht, dass die Politik und die Konzernspitze diesen Ausstieg vor sich herschieben. Wir finden es unverantwortlich, dass den Beschäftigten weiterhin falsche Hoffnungen gemacht werden. **Wir wollen klar stellen, dass sich unser Protest gegen die klimaschädliche Braunkohle, nicht aber gegen die Beschäftigten richtet.**

DER KOHLEAUSSTIEG DARF NICHT AUF DEM RÜCKEN DER BESCHÄFTIGTEN AUSGEFÜHRT WERDEN!

Deswegen fordern wir, dass die Wünsche der Beschäftigten für einen Strukturwandel berücksichtigt werden. Wir haben dazu folgende Überlegungen:

1. So viele Beschäftigte wie möglich müssen für die Renaturierungsmaßnahmen bei gleichem oder höherem Gehalt angestellt werden.
2. Es müssen gute Jobs in der Region geschaffen werden. Auch Jobs in den Erneuerbaren Energien müssen eine soziale Absicherung gewährleisten und eine gewerkschaftliche Vertretung zulassen.
3. Die Kosten für notwendige Umschulungsmaßnahmen für die Beschäftigten sollten von der Kohleindustrie übernommen werden.
4. Für alle Beschäftigten, die keine neuen Jobs finden, muss es einen vollen Lohnausgleich geben. Das gleiche gilt für FrührentnerInnen.

Das sind unsere Ideen. Wir sind sehr daran interessiert, eure Vorstellungen und Erwartungen kennenzulernen und wünschen uns einen Dialog mit Euch darüber!

Dialog statt Hetze

Unsere Positionen zum Kohleausstieg sind teilweise sehr verschieden. Gespräche können uns helfen, Verständnis füreinander zu schaffen und unsere Perspektiven kennenzulernen. Deswegen wollen wir mit den Beschäftigten und AnwohnerInnen aus dem Rheinischen Braunkohlerevier in den Dialog treten. Da über soziale Medien eher Vorurteile aufgeladen werden, wollen wir an folgenden Terminen direkt und persönlich ins Gespräch zu kommen:

Am **Sonntag, den 20.08.17** von **15 bis 17 Uhr** in der Stadthalle Erkelenz, Podiumsdiskussion zum Thema:

„Was kommt nach der Braunkohle? Und wie wird der Weg dorthin sozial gerecht?“

Es diskutieren auf dem Podium: Manfred Maresch (IG BCE), Janna Aljets (BUNDjugend), Dr. Stefan Gärtner (Uni Ruhr) und Thomas Moll (Anwohner)

Weitere Möglichkeiten ins Gespräch zu kommen sind die Führungen über das Klimacamp:

Sonntag, den 20.08.17 um 11 Uhr
Mittwoch, den 23.08.17 um 17 Uhr
Treffpunkt: Infopunkt auf dem Klimacamp

ALLE ANWOHNER*INNEN UND BESCHÄFTIGTEN SIND HERZLICH ZU ALLEN TERMINEN EINGELADEN!

Aktionen während der Aktionstage vom 24. bis 29. August

Bei den Aktionstagen werden von einem breiten Bündnis der Klimabewegung verschiedene Proteste durchgeführt: Es wird Demonstrationen, Sitzblockaden und Mahnwachen geben. Wie in den letzten Jahren werden auch auch Aktionen zivilen Ungehorsams stattfinden, bei der die Kohleinfrastruktur für mehrere Tage blockiert werden soll.

Das Aktionsbündnis **Ende Gelände** hat einen **Aktionskonsens** in dem es unter anderem heißt:

„Unsere Aktionsform ist eine offen angekündigte Massenblockade mit vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten – nach dem Vorbild der erfolgreichen Blockaden 2015 im Rheinland und 2016 in der Lausitz. Wir werden uns ruhig und besonnen verhalten, von uns wird keine Eskalation ausgehen, wir gefährden keine Menschen. Wir werden mit unseren Körpern blockieren und besetzen. Wir werden dabei keine Infrastruktur zerstören oder beschädigen. Absperrungen von Polizei oder Werkschutz werden wir durch- oder umfließen und uns auf keine Provokationen einlassen. Unsere Aktion wird ein Bild der Vielfalt, Kreativität und Offenheit vermitteln. Unsere Aktion richtet sich nicht gegen die Arbeiter*innen von RWE, von RWE beauftragten Firmen oder gegen die Polizei. Die Sicherheit der teilnehmenden Aktivist*innen, sowie der Arbeiter*innen hat oberste Priorität.“

Für das Bündnis **Ende Gelände** ist es sehr wichtig, dass sich alle Teilnehmenden bei der Aktion an diesen Konsens halten und wir damit weder uns selbst noch andere in ihrer Sicherheit gefährden. Die Teilnehmenden werden in zahlreichen Aktionstrainings darauf vorbereitet, die Aktionen innerhalb dieser Vereinbarung durchzuführen.